



Das Kernkraftwerk Neckarwestheim bei Heilbronn. Der ältere der beiden Kraftwerksblöcke – Neckarwestheim I – steht nach den Ereignissen in Japan besonders in der Kritik.

Foto: Holzward

**Landtagswahl 2011 – Wir fragen die Kandidaten im Wahlkreis Nürtingen (6):** Die Ereignisse in Japan haben den Streit um die Atompolitik neu entfacht. Hat die Atomkraft noch eine Chance? Wie lange soll das nur 50 Kilometer von uns entfernte Kernkraftwerk Neckarwestheim noch weiterlaufen? Muss der Ausbau der alternativen Energien massiv forciert werden? Wie kann das gelingen?



Thaddäus Kunzmann (CDU)



Walter Bauer (SPD)



Hosam el Miniawy (FDP)



Winfried Kretschmann (Grüne)



Peter Rauscher (Die Linke)

Nach den Ereignissen in Japan ist das Restrisiko bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie neu zu bewerten. Unstrittig ist, dass wir mittelfristig aus der Kernenergie aussteigen wollen. Gleichzeitig brauchen wir als Produktionsstandort eine sichere und bezahlbare Energieversorgung.

Baden-Württemberg ist bei der Nutzung von Sonne und Wasser Spitze. Doch gibt es beim Ausbau erneuerbarer Energien auch Grenzen. Die Auseinandersetzung um die Biogasanlage in Nürtingen ist nur ein Beispiel. Wenn wir in Baden-Württemberg 50 Prozent Kernenergie-Anteil und circa 35 Prozent Anteil an fossilen Brennstoffen ersetzen wollen, brauchen wir Großanlagen: Windkraft auf der Schwäbischen Alb und in der Nordsee, Pumpspeicherkraftwerke, riesige Photovoltaikanlagen. Dazu ist ein neues und leistungsstarkes Leitungsnetz durch ganz Deutschland und Europa notwendig. Irgendwie muss ja der Strom aus der Nordsee zu uns kommen.

Wir brauchen darüber Konsens, dass wir auch Flächenverbrauch und Eingriffe ins Landschaftsbild akzeptieren, um die erneuerbaren Energien voranzubringen.

Für mich ist der Stromimport aus Frankreich keine Alternative. Es war von Beginn an der unehrliche Plan des rot-grünen Atomausstiegs, die Stromlücke mit Atomstrom aus unseren Nachbarländern zu schließen. Letztendlich ist also eine gesamteuropäische Strategie notwendig. Es ist nur eine scheinbare Sicherheit, wenn wir unsere Kernkraftwerke abschalten, die KKW auf der Schweizer und französischen Seite jedoch am Netz bleiben.

Als junge Eltern wurden wir 1986 mit den brutalen Folgen von Tschernobyl konfrontiert. Für mich hat die Atompolitik deshalb schon lange keine Perspektive mehr. Leider hatte die CDU nichts daraus gelernt. Die vielfältigen Risiken der Atomkraftwerke, die Entsorgung des Atommülls sind ungelöste Probleme. Die wegweisende Korrektur erfolgte durch die konsequente Energiewende der rot-grünen Koalition. Dieser vertraglich geregelte Atomausstieg war richtig. CDU und FDP haben mit der Verlängerung der Laufzeiten auch alter Atommeiler diese Weichenstellung zerstört. Das war eine fatale Fehlentscheidung. Schwarze-Gelb hat die Kapitalanlagen der vier Atomkonzerne Deutschlands für wichtiger gehalten. Die Anstrengungen der kommunalen Stromversorger waren für sie unwichtig. Chancen, weitere Arbeitsplätze im Handwerk und Mittelstand zu schaffen, wurden von ihnen verspielt. Schon heute sind allein in der Solarbranche 370 000 Menschen beschäftigt. Die Zahl der Arbeitsplätze in der Atomindustrie fällt mit 20 000 bescheiden aus. Wir müssen konsequent den Weg des rot-grünen Atomausstiegs beschreiben.

Das Ende des Werks in Neckarwestheim ist beschlossene Sache. Die dezentrale Energiegewinnung ist voranzutreiben und mit gesetzlichen Regelungen zu forcieren. Durch Verbesserung der Energieeffizienz, Förderung von energetischen Sanierungen, Modernisierung der öffentlichen Beleuchtung, Weiterentwicklung der Speichertechniken, Windkrafttrailer und Errichtung neuer Pumpspeicherkraftwerke können wir mittelfristig Baden-Württemberg vollständig mit alternativen Energien versorgen.

Die Atomkraft hat auf Dauer keine Chance, da die Risiken, wie mögliche Unfälle und die Endlagerfrage, nicht beherrschbar sind. Aus diesem Grund war ich immer gegen die Verlängerung der Laufzeiten und begrüße, dass Neckarwestheim I nun abgeschaltet wird. Gleichzeitig sollten wir uns bewusst machen, dass Deutschland sich auch unter Schwarz-Gelb immer im Atomausstieg befunden hat. Weltweit gibt es nur drei Länder, die diesen Weg gehen: Deutschland, Belgien und Spanien. Wir sind und waren daher immer auf dem richtigen Weg und müssen diesen nun beschleunigen. Wenn unsere Vordenker in der Regierung dies nun auch, unter dem Eindruck der unfassbaren Ereignisse in Japan, begriffen haben, ist das zu begrüßen, menschlich und verständlich. Als Wahlkampfhema auf dem Rücken der Opfer taugt und erlaubt es sich nicht. Alle demokratischen Parteien haben begriffen, dass der Ausstieg nicht von heute auf morgen möglich ist und auch bei Beibehaltung des Atomkonsens würden heute noch 16 Atomkraftwerke in Deutschland laufen.

Für die Zukunft sehe ich mehrere Themen, um den Atomausstieg voranzutreiben. Als Erstes müssen wir Laufzeitverlängerungen zurücknehmen und die Erforschung der erneuerbaren Energien beschleunigen. Das bedeutet dann aber auch, auf breiter Front Hochspannungsleitungen, Speicherkraftwerke, höhere Kosten und vieles mehr akzeptieren zu müssen. Am wichtigsten wird sein, weltweit oder zumindest in Europa den Einstieg in den Ausstieg zu finden. In den nächsten Jahren sollen 150 neue Atomkraftwerke gebaut werden. Hier kann und sollte Deutschland ein Treiber zumindest für europäische Lösungen sein.

Es ist richtig, dass die unfassbare Atomkatastrophe in Japan eine neue Debatte um die Sicherheit und die Zukunft der Atomkraftwerke in Deutschland entfacht hat. Harrisburg, Tschernobyl und jetzt Fukushima beweisen, dass die Atomenergie weder durch Sicherheitstechnik noch von Menschenhand letztlich beherrschbar ist.

Aus dieser Erkenntnis kann es nur eine logische Folgerung geben: Wir müssen raus aus dieser Risikotechnologie, so schnell wie möglich. Philippsburg I und Neckarwestheim I müssen sofort vom Netz genommen werden und die Atomlaufzeitverlängerung muss zurückgenommen werden. Das Atomkraftwerk Neckarwestheim I befindet sich bereits in der Stilllegungsphase, wenn der Ausstieg nicht verlängert worden wäre und Ministerpräsident Mappus diese lange Laufzeitverlängerung gegen seinen eigenen Umweltminister Röttgen an den Ländern vorbei durchgesetzt hätte.

Eine grün geführte Regierung wird die Energiewende in den Mittelpunkt der Politik stellen. Mehr Windkraft, mehr Solar-energie und Biomasse. Nur wenn wir konsequent auf erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energiesparen setzen, können wir uns von fossilen Energieträgern wie Kohle, Öl und Gas unabhängig machen. Die Grünen plädieren hierzu dafür, die finanzielle Förderung für Marktanzreiz- und Energiesparprogramme, für Forschung und Gebäudesanierung aufzustocken. Außerdem wollen wir Hindernisse im Planungsrecht abbauen und betroffene Bürger bei Energieprojekten früher und besser einbinden. Auch könnten mehr neue Stromleitungen unter der Erde verkabelt werden, um eine höhere Akzeptanz für den Netzausbau zu bekommen.

Die atomare Katastrophe in Japan trifft ein Land, das gleichzeitig unter einer grausamen Naturkatastrophe leiden muss. Es trifft aber auch ein Land, das bereits 1945 unter den ersten militärischen Kernwaffeneinsatz durch die USA zu leiden hatte. Für diese beiden atomaren Super-GAUs tragen Menschen die Verantwortung. Dies lehrt uns, dass keine Regierung der Welt, wie hochtechnisiert eine Gesellschaft auch ist, einen nuklearen Unfall ausschließen kann. Daher lautet die Forderung Der Linken: unverzüglich Ausstieg aus der Kernenergie. Beginnen müssen wir mit den alten Kernkraftwerken Neckarwestheim I und Philippsburg I, das erste ist nur 50 Kilometer von unserem Wahlkreis entfernt. Auch die beiden neueren Reaktoren der EnBW sind unverzüglich stillzulegen. Trotz dieses Abschaltens werden die Lichter nicht ausgehen, denn der deutsche Strommarkt produziert Überkapazitäten.

Die Atomkatastrophe in Japan benutzen SPD und Grüne, sich zu Vorkämpfern des Atomausstiegs zu erklären. Im Koalitionsvertrag von 1998 stand, man wolle so schnell wie möglich aus der Atomenergie aussteigen. Wenn beide Parteien dieses Wahlversprechen eingehalten hätten, bräuhete heute niemand mehr Angst vor deutschen AKW haben. Der Atomkonsens war ein Schlag gegen die erfolgreiche außerparlamentarische Anti-Atom-Bewegung.

Massiv muss nun in Baden-Württemberg der Ausbau erneuerbarer Energie vorangetrieben werden. Baden-Württemberg ist unter den Flächenstaaten Schlusslicht, was die Windenergie betrifft. Eine Drei-E-Strategie ist notwendig: Energie und Ressourcen einsparen, Energieeffizienz steigern, erneuerbare Energie ausbauen.